

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 170.— M., bei Selbstabholung 145.— M. — Preis der Einzelnummer 8.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24506

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 24506

Inseratenpreise: Die 8spaltige Kolonelleise oder deren Raum 20.— M., bei Platzvorschrift 25.— M.; Familiennachrichten, die 8spaltige Zeile 10.— M., Kolonelleise 80.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Umlagepreise und Stützungsaktion.

Belastungsproben. — Der Bloß der bürgerlichen Parteien.

Die Situation im Reichstage.

Berlin, 24. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Spannung in der innerpolitischen Lage hat sich gestern beträchtlich verschärft. Die Besprechung der Parteiführer mit dem Kanzler brachte noch keine Klärung, sie wird heute fortgesetzt werden. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Koalitionsparteien treten deutlich hervor und sie betreffen nicht nur die Frage der Umgestaltung der Devisenverordnung, sondern die ganze wirtschaftliche und politische Situation. Die Sozialdemokratie fordert energische positive Maßnahmen zur Stützung der Mark. Die bürgerlichen Parteien scheitern dafür nicht zu haben zu sein. Die Situation wird kompliziert durch die Bestrebungen, die Volkspartei ins Kabinett zu bringen; Bestrebungen, denen neuerdings auch der Kanzler scheinbar zugeneigt scheint, der eine „Konföderation der Kräfte“ zur Einleitung einer energischen Abwehrpolitik gegenüber der Entente fordert. Alles steht danach aus, als ob die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ihrem Ende zugeht. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen. Im Reichstage war gestern das Gerücht verbreitet, daß sich dem Abkommen Stinnes-Lubersac unüberwindbare Schwierigkeiten gegenübergestellt hätten. Näheres war vorläufig noch nicht zu erfahren. Bezeichnend ist jedenfalls, daß die geplante Reise der deutschen Industrie in die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aufgegeben wurde.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht vor außerordentlich ersten Entscheidungen. Am gestrigen Tage haben sich die bürgerlichen Parteien einmütig auf die Beschlüsse geeinigt, die der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hinsichtlich der Umgestaltung der Umlagepreise faßte. Demzufolge wird mit einer Verdreifachung der Preise für Umlagegetreide zu rechnen sein. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben erklärt, daß eine derartige Neubelastung der arbeitenden Klassen angesichts der ganzen gegenwärtigen Situation für sie unannehmbar sei. In den Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskanzler wurde erklärt, daß an dem Beschluß der Fraktion nichts geändert werde. Wir beobachten im Reichstage eine immer klarer werdende Scheidung der Kräfte. Auf der einen Seite die sozialistische Fraktion, dort aber die vereinigten bürgerlichen Parteien, die den Agrariern neue Wachstumschancen zu schaffen möchten.

In ihrer bekannten Unerschrockenheit haben die Agrarier mit dem Ansteigen des Dollarkurses in den letzten Wochen fabelhafte Gewinne erzielt. In Berlin wurde am gestrigen Tage der Weizen zu einem Durchschnittspreis von 9300 M. pro 50 Kilogramm gehandelt. Die Tonne Weizen stellte sich demzufolge auf 186 000 M. Das heißt, ein jeder Agrarier ist imstande, für die im freien Verkehr umgesetzte Tonne Weizen 186 000 M. zu realisieren, während noch vor wenigen Wochen die Tonne Weizen mit 10 000 bis 14 000 M. gehandelt wurde. Die Agrarier erfinden in den Riesensummen von Papiergeld, die ihnen durch die neueste Haufe am Getreidemarkt alljährlich zufließen.

Für das Umlagegetreide bekamen sie bisher noch 7400 M., so daß sie bei jeder Tonne Weizen, der im freien Verkehr gehandelt wird, einen Mehrgewinn von etwa 178 000 M. machen. Das ist eine geradezu katastrophale Steigerung der Getreidepreise, die weitere neue Einschränkungen des Existenzminimums der Arbeiterklasse bedeuten. Angesichts dieser fabelhaft gestiegenen Preise gehört die bekannte Unerschrockenheit der Agrarier dazu, nunmehr auch die Preise der 2½ Millionen Tonnen Getreide, die sie auf Umlagekonto abliefern sollen, zu verdreifachen, wie sie zunächst forderten. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags ist darüber hinaus gegangen und will ihnen eine vierfache Erhöhung der Preise zugestehen.

Wie sich das auf die Gestaltung der Brotpreise auswirken wird, dafür zeugen Ankündigungen, die der Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins macht. Meldungen Berliner Abendblätter belagen darüber folgendes:

Berlin. Die städtische Ernährungsdeputation hat gestern beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, den Preis des Marktbrottes von 1900 Gramm vom 30. Oktober ab auf 98,50 M. festzusetzen. Dies bedeutet eine Verteuerung um rund 124 Prozent. Das marktfreie Brot soll vom 30. Oktober ab 300 M. kosten.

Das ist eine geradezu schamlose erneute Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die ohnedies am Hungertuche hängen. Durch die unerfüllten Wünsche unserer Agrarier, die im Verfolg der christlichen Nächstenliebe, die sie vorgeben in Erbpacht genommen zu haben, die arbeitenden Klassen dem langsamen Hungertode überliefern. Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der geschlossenen Haltung des gesamten Bürgertums zugunsten des Agrariertums sich erneut Krisengerüchte bemerkbar machen, die ganz insbesondere noch gestärkt werden durch den Widerstand, der bei den bürgerlichen Ministern der Reichsregierung hinsichtlich der Stützungsaktion unserer Währung geleistet wird.

Wir haben schon bei dem Bekanntwerden der Devisenverordnung erklärt, daß es naturgemäß unmöglich sei durch eine derartige Verordnung allein in irgendwelcher Weise dem Wanken der Mark Einhalt zu gebieten. Wenn das überhaupt möglich ist auf den Wegen, die hier eingeschlagen wurden, dann nur, indem an die Stelle der Devisen und der ausländischen Zahlungsmittel, die in immer steigendem Maße die Grundlage des gesamten Wirtschaftsverkehrs in Deutschland bilden, ein Papier gesetzt würde, das geeignet erscheint, einiae Stetigkeit gegenüber dem bisherigen

Auf und Ab herzustellen. Die Fraktion der USPD, forderte daher, daß mit dem Erlaß der Devisenverordnung, die unzweifelhaft härter gefaßt werden muß, gleichzeitig auch die goldwertgleichen Papiere in Umlauf gesetzt werden müssen. Wenn die freilich höchst mangelhafte Devisenverordnung vollständig versagte, dann ist das im wesentlichen diesem Umstand zuzuschreiben. Der Reichsfinanzminister, der bekannte Dr. H e r m e s, stemmte sich von Anfang an der Ausgabe dieser Papiere entgegen, da er als Sachwalter der bestehenden Klasse gerade in dem Chaos des Währungssturzes die besten Gewinnmöglichkeiten für die besitzende Klasse sah. Gewiß wird sich kein Kenner der volkswirtschaftlichen Verhältnisse in der Hoffnung weihen, daß durch die Devisenverordnung und das goldwertgleiche Papier das Hellere gegen das Elend unserer Tage gefunden werden könne. Immerhin liegt die Möglichkeit vor, auf Grund derartiger Reformen der Mark wieder einige Festigkeit zu geben, die allgemach, wie der Genosse Hilferding leithin in einer Sitzung der sozialistischen Funktionäre Berlin erklärte, heute etwa einem Gummihande gleicht, das als Messer bestimmter Größen naturgemäß vollkommen untauglich ist.

Die Frage der Umlagepreise und der Stützungsaktionen unserer Mark haben angesichts der Haltung der bürgerlichen Parteien jene Krisenstimmung verursacht, die gegenwärtig auf den Banken der Reichsregierung vorhanden ist. Niemand verkümmert die Schwierigkeit der Situation, um so weniger, da, wie bereits bürgerliche Korrespondenzen mitzuteilen wissen, die Fraktion der USPD, erneute fest umrissene Vorschläge gegen das Fortschreiten des Währungssturzes ausgearbeitet haben. Diese Vorschläge werden der Gegenstand der heutigen Beratungen der Parteiführer sein und es wird sich zeigen, ob die bürgerlichen Parteien gewillt sind, dem weiteren Verfall der Mark entgegenzuwirken.

Wie wir erfahren, beziehen sich die Vorschläge nicht lediglich auf eine Reform des Devisenwesens, sondern auch auf eine Umgestaltung der Steuererhebung, die von den bestehenden Klassen zukünftig in der Höhe des jeweiligen Kursumwertes der Mark erhoben werden sollen. Das wird erneute Konflikte mit den bürgerlichen Parteien bedeuten, aber gerade der letzte Ausweis über den Stand der deutschen Reichsfinanzen aus der ersten Oktoberdekade zeigt ein geradezu fürchterliches Bild des Reichsbudgets in diesen Tagen. Nach den offiziellen Darstellungen hatte das Reich in der ersten Oktoberdekade eine Einnahme aus Zöllen, Steuern usw. von 3 284 000 000 M., während die Ausgaben in der gleichen Zeit rund 25 Milliarden betragen. Das heißt im Zeitraum von zehn Tagen ein Defizit von etwa 20 Milliarden M., das naturgemäß durch Steuern überhaupt nicht mehr gedeckt werden kann. Es wird daher nur noch unter Ausbietung aller Mittel möglich sein, eine Sanierung der Reichsfinanzen herbeizuführen. Die sozialdemokratische Fraktion wird darauf hinwirken, daß durch die Erfassung der Sachwerte und anderer Maßnahmen diese Schwierigkeiten gehoben werden. Ob das angesichts der Einstellung der bürgerlichen Parteien möglich ist, ist stark zu bezweifeln.

Damit aber verstärkt sich die Krisenstimmung um so mehr. Vor allem auch dadurch, daß nunmehr die Sachwertlieferungen, die auf Grund des Vertrages Stinnes-Lubersac erfolgen sollten, erneut in Frage gestellt werden. Die nächsten Tage werden infolgedessen zeigen, ob ein Weg aus dem Chaos gefunden werden kann. Von Seiten der Zentralinstanzen wird die Lage nicht allzu günstig beurteilt. Der B o r w ä r t s schreibt in dem Leitartikel seines heutigen Morgenblattes folgendes:

Ein Eingreifen des Reichspräsidenten kann vielleicht sehr bald notwendig werden, denn im Geiste der Regierung wie der bisherigen Regierungsparteien seien Veränderungen im Gange, von denen man einwirken, noch nicht wisse, wie sie zum Stehen gebracht werden können, oder ob sie zu einer Krise führen werden, deren Ergebnis nicht abzusehen sei. Durch die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte habe sich die Parteilosstellung, auf die sich die Regierung stütze, geändert. Es sei schwer zu sagen, ob die Konstellation, auf der die gesamte bisherige Regierungspolitik beruht hat, die Konstellation von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, eigentlich noch bestehe. Die sozialdemokratische Partei fühle, daß sich die Widerstände, die sich gegen ihre Einklinkung auf die Regierungsgeschäfte geltend machen, ganz außerordentlich verstärkt haben. Diese Verstärkung der Widerstände sei um so gefährlicher, als die sozialdemokratische Partei gerade jetzt auf eine aktive Politik am allerwenigsten verzichten könne. Das Ziel dieser aktiven Politik sei, die Entwertung der Mark aufzuhalten. Die Sache stehe im Augenblick so, daß es überhaupt nur ein positives Programm gibt, das der Sozialdemokratie. Ihm hat man von der anderen Seite nichts entgegenzustellen, als Einwendungen, Bedenken und Widerstände. Zu alledem komme, daß durch den wachsenden Einfluß rechtsgerichteter Bestrebungen ein Faktor der Unsicherheit auch in die auswärtige Politik eingetreten ist. Die Leistungen aus dem Friedensvertrage beschränken sich bis auf weiteres auf die Sachleistungen. Das ist ein Erfolg der Erfüllungslosigkeit.

v. Graefe ausgeschlossen.

Das führende Haupt der Vaterlandspartei, v. Graefe, ist nunmehr ebenfalls aus der Deutschnationalen Partei ausgeschlossen worden. Er führt das auf „Majuda“ zurück, das auch in die Deutschnationale Partei den Bazillus der Spaltung trage.

Arme Deutschnationale! Armer Graefe! Heil ihm, dem Krieger des Vaterlandes!

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4400 M.

Die Spaltung der italienischen Partei

Von Dr. Hanns-Erich Kaminski.

Wir geben diesen Artikel eines Augenzeugen als einen Versuch, die Tragödie des italienischen Proletariats zu erklären, ohne uns mit allen seinen Ausschüßungen und namentlich nicht mit seinen letzten Schüssen einverstanden zu erklären. Infolge großen Stoffandranges mußte er leider bis zum heutigen Tage verschoben werden. D. Red.

Rom, 4. Oktober.

Es war ein ergreifender Augenblick, als bei der Eröffnung des 19. Parteitags der italienischen sozialistischen Partei der Vorsitzende, Genosse Fioritti, der Toten gedachte: jener besonders, die als Opfer des Faschismus gefallen. Delegierte und Zuschauer erhoben sich von den Sitzen, und während die Musik die Internationale intonierte, dröhnte der Saal wider von stürmischem, unaufhörlichem Händeklatschen.

Leider war diese Kundgebung an die Toten der einzige Gedanke, zu dem sich der Parteitag einig zusammensand. In derselben Stunde beinahe, in der sich die deutschen Sozialisten geeinigt haben, hat sich die italienische Partei gespalten.

Dieses Ergebnis kommt nicht überraschend. Es war längst vorauszusehen, und im Grunde trat der Parteitag nur zu dem Zweck zusammen, die Liquidation in aller Form zu vollziehen.

Trotzdem! Eine leise Hoffnung war geblieben, besonders im Hinblick auf die innerpolitische Situation Italiens, die die Zusammenfassung aller Kräfte gebot. Und diese Hoffnung wurde genährt durch die Tatsache, daß der Parteitag, der eigentlich schon vor zwei Monaten zusammenzutreten wollte, immer wieder hinausgeschoben wurde. Dazu zwang vor allem der Generalkrieg, der Ende August als Antwort auf eine Reihe faschistischer Gewalttaten proklamiert wurde und in seinem Verlauf zu neuen heftigen Zusammenstößen mit den Faschisten führte.

Aber auch diese Verzögerung hat nicht vermocht, die Leidenschaften zu befähigen und die Gegensätze auszugleichen. So bot denn der Parteitag jenes traurige Bild des Bruderkampfes, das wir auch in Deutschland gesehen haben, hier noch womöglich gesteigert durch die Heftigkeit des lateinischen Temperaments.

I.

Die italienische Partei war bisher in der Internationale die einzige Partei eines großen Landes, die geschlossen anti-reformistisch und revolutionär war.

Diese Tendenz war das Resultat des Parteitags von Reggio Emilia (1912), auf dem Bissolati, Bonomi und Carozzi ausgeschlossen wurden. Die italienischen Genossen haben vom ersten Tage an unzweideutig gegen den Krieg Stellung genommen, sie sind in Zimmerwald und Kienthal gewesen, und sie zögerten nicht, rascher als alle andern Parteien ihren Anschluß an die 3. Internationale zu vollziehen. (Auf dem Parteitag von Bologna 1919.)

In Bologna gab sich die Partei ein neues Programm. Sie erklärte sich für die Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit von Arbeiterräten. In den Grundlinien ist dieses noch heute gültige Programm ungefähr daselbe wie jenes, das sich die Unabhängigen in Leipzig gaben.

Die Ehe mit Moskau ging wieder in die Brüche, als im Frühjahr 1920 eine Delegation nach Rußland ging und dort an Ort und Stelle die Methoden der Bolschewiki kennen lernte. Als vollends die 21 Punkte bekannt wurden, erklärte die Partei in Livorno ihren Austritt aus der 3. Internationale.

Das führte zu einer Spaltung zwischen dem kommunistischen Flügel und der Gesamtpartei. Aber im ganzen behielt die Partei doch ihre Schlagkraft und Festigkeit, wie die Wahlen zur Kammer bewiesen, wenn auch die herrschende Krise größere Aktionen unmöglich machte.

Der Parteitag von Mailand, der 1921 stattfand, zeigte, daß die Spaltung beinahe völlig überwunden war. Die Partei bekannte sich hier erneut zu dem Programm von Bologna. So stark waren immer noch die bolschewistischen Erinnerungen — man kann auch sagen Hoffnungen —, daß die Partei sich nicht entschließen konnte, an der Wiener Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen, obgleich sie wiederholt betonte, daß diese ihr näherstehe als jede andre Internationale.

Von 1912 bis 1921 hatte sich der revisionistische Flügel der Partei im allgemeinen den Direktiven der Partei gefügt, wenn er auch in der Kammerfraktion gelegentlich Extratouren unternahm. Jetzt aber, nachdem sich in Livorno die äußerste Linke abgesondert hatte, hielt auch die Rechte ihre Zeit für gekommen.

III.

Die Probleme, um die der Streit ging, sind den deutschen Genossen wohl bekannt. Letzten Grundes ist es derselbe Streit, der bei uns in Dresden erledigt schien und dann mit aller Heftigkeit bis Nürnberg ausgefochten wurde — wenn man annehmen will, daß er jetzt endgültig begraben ist.

Teilnahme an der Regierung, Hofgängerei, Demokratie